

Es lebe das Neue!

Material 1

I. Die Verfassung des Deutschen Reichs

["Weimarer Reichsverfassung"] vom 11. August 1919

Präambel

Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.

Artikel 151

(1) Die Ordnung des Wirtschaftslebens muss den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines **menschenwürdigen Daseins** für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen zu sichern.

© [https://de.wikisource.org/wiki/Verfassung_des_Deutschen_Reichs_\(1919\)#Artikel_151](https://de.wikisource.org/wiki/Verfassung_des_Deutschen_Reichs_(1919)#Artikel_151)

Material 2



© August Renner, 1924, © Stadtarchiv Rastatt,

Aufgabe I

1. Eher ungewöhnlich für diese Zeit, legt die Weimarer Verfassung auch soziale Rechte fest.

Überlege, was in der Wirtschaft gegeben sein muss, damit ein „menschenwürdiges Dasein“ gewährleistet wird.

2. Notiere, wie eine Stadt (Rastatt: Bürgermeister August Renner) das Wirtschaftsleben fördern und für ein „menschenwürdiges Dasein“ sorgen kann. Berücksichtige auch den Aspekt des gesellschaftlichen Fortschritts, der in der Präambel genannt ist.

Material 3

Auszüge aus dem Friedensvertrag von Versailles ["Versailler Vertrag"].

Vom 28. Juni 1919.

Abschnitt III.
Linkes Rheinufer.

Artikel 42.

Es ist Deutschland untersagt, auf dem linken Ufer des Rheines und auf dem rechten Ufer westlich einer 50 km östlich des Stromes verlaufenden Linie Befestigungen beizubehalten oder anzulegen.

Artikel 43.

Ebenso ist in der im Artikel 42 bezeichneten Zone die ständige oder zeitweise Unterhaltung oder Sammlung von Streitkräften untersagt. Das gleiche gilt für jedwede militärischen Übungen und die Beibehaltung aller materiellen Vorkehrungen für die Mobilmachung.

© <http://www.documentarchiv.de/wr/vv03.html>

Info: Bereits in den Waffenstillstandsverhandlungen wurde festgelegt, dass das Militär im Rahmen der **Entmilitarisierung** bis zum 12.12.1918 aus Rastatt abziehen muss.

Aufgabe II

Rastatt war eine Festungs- und Militärstadt, und große Teile des städtischen Wirtschaftslebens waren eng verknüpft mit dem Militär.

1. Welche Auswirkungen hatte die Demilitarisierung durch den Versailler Vertrag auf Rastatt?
2. Mit welchen anderen Problemen hatte Rastatt wohl nach dem Ersten Weltkrieg noch zu kämpfen?

Lösung Aufgabe 1

1. Geregelter Arbeitstag, angemessene Bezahlung, Arbeitsplätze, Wohnung, Arbeitslosengeld oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
2. Wirtschaft ankurbeln (Steuereinnahmen), v.a. Industrie fördern (Arbeitsplätze!), Wohnungsbau unterstützen, Demokratisierung unterstützen

Lösung Aufgabe 2

1. Jetzt bei Bedarf **Folie** auflegen mit Zitat zu den Aufgaben der Zeit (siehe unten)
2. Kriegsschäden, Integration der Vertriebenen und der Kriegsversehrten, Arbeitslosigkeit

Erwartungshorizont Folie:

Folgende Punkte werden angesprochen:

- Mit dem Elsass geht ein wichtiger Absatzmarkt für Rastatt verloren
- Die leerstehenden Garnisonsgebäude müssen anderweitig genutzt werden
- Die Grenzlandlage erschwert Zuzug und Gründung neuer Industriegebiete
- Zollgrenze: Frankreich durch VV begünstigt, z.B. durch Einräumung einer zollfreien Einfuhr von Rohprodukten und Fabrikaten nach Deutschland für die Dauer von 5 Jahren („Loch im Westen“); die Ausfuhr deutscher Güter nach Frankreich wird durch hohe Zölle beeinträchtigt.
- Kriegsproduktion muss auf Friedensproduktion umgestellt werden
- (Die heimkehrenden Soldaten müssen in den Arbeitsmarkt integriert werden; Frauen verlieren Arbeitsplätze)

„Folgen“ kann auch insgesamt als Mindmap festgehalten werden

Vgl. auch zur sozialen Absicherung:

Artikel 161

(1) Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.

Artikel 162

(1) Das Reich tritt für eine zwischenstaatliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Arbeiter ein, die für die gesamte arbeitende Klasse der Menschheit ein allgemeines Mindestmaß der sozialen Rechte erstrebt.

Folie

In der Jubiläumsausgabe „125 Jahre Rastatter Tagblatt 1803-1928“ schreibt der Architekt Eduard Degler über die Entwicklung der Rastatter Industrie:

Aber keine der Umwälzungen war so einschneidend, wie die Auswirkungen des verlorenen Weltkrieges. Alle wirtschaftlichen Werte kamen ins Schwanken, alte ansässige Industrien verloren über Nacht ihre Absatzgebiete und wurden durch Errichtung von Zollschränken in ihrer Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt. Die altrenommierten Herdfabriken gingen ein. Die Gesamtbevölkerung lebte bislang größtenteils von direkten und indirekten Einnahmen vom Militär und wurde plötzlich vor eine veränderte Tatsache gestellt. Ihre mühsamen Ersparnisse gingen in der Inflation unter, und ein jedermann musste durch intensive Arbeit sich neue Erwerbsquellen schaffen.

© Stadtarchiv Rastatt A 2893